



BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

XXII. GP-NR
1943/AB
2004-08-27

zu 1942 J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

(5-fach)

GZ: BMSG-430305/0018-V/5/2004

Wien, 9. Aug. 2004

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 1942/J der Abgeordneten Mag. Maier und GenossInnen**, betreffend Zielsetzungen für die Partizipation und Information der Jugendlichen, wie folgt:

Der Beantwortung der einzelnen Fragen sei vorausgeschickt, dass bereits durch die Kompetenzverteilungen im Bereich Jugendpolitik und durch die Tatsache, dass es sich bei Jugendpolitik um eine Querschnittsmaterie handelt, alle Partner, seien es Gebietskörperschaften, Interessensvertretungen oder Jugendorganisationen, bemüht sind, systematisch zusammenzuarbeiten.

Bezugnehmend auf die nationale Implementierung des Weißbuchprozesses „Jugend“, das der in der Anfrage erwähnten Entschließung des Rates (2003/ C 295/04) zugrunde liegt, wurde seitens des Ressorts eine Beratungsgruppe „Weißbuch“ eingesetzt. Diese nationale Beratungsgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der für nationale bzw. internationale Jugendpolitik zuständigen Fachabteilungen des BMSG sowie aus Vertreter/innen der Bundesländer (Landesjugendreferate), der „ARGE österreichischer Jugendinfos“ (Arbeitsgemeinschaft von Vertreter/innen der Jugendinformationsstellen der Länder und des BMSG), der "ARGE Partizipation" (Arbeitsgemeinschaft von Vertreter/innen der Landesjugendreferate und des BMSG), der gesetzlich eingerichteten Bundes-Jugendvertretung und der Österreichischen Hochschülerschaft zusammen. Bei Bedarf werden externe Berater/innen bzw. Expert/innen aus anderen Ressorts beigezogen.

Die von der Beratungsgruppe zu leistende Arbeit ist die Erarbeitung und Diskussion von inhaltlichen Themenbereichen, Schwerpunktsetzungen und Entwicklung österreichweiter Umsetzungsmaßnahmen.

Die Meinung von nicht verbandlich organisierten Jugendlichen wird über regelmäßige Abfragen im Internet unter der vom BMSG speziell eingerichteten „Weißbuch-Website“ eingeholt.

Ein weiteres Beispiel für die gute Zusammenarbeit oben erwähnter Partner ist die Erstellung des „Nationalen Aktionsplanes zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention“. In diese Arbeit waren von Anfang an – unter der Leitung des BMSG - alle Gebietskörperschaften, Interessensvertretungen (NROs) und Kinder und Jugendliche selbst eingebunden. Während die Erwachsenen in Arbeitsgruppen und über eine Online-Maßnahmendatenbank mitwirkten, wurden Kinder und Jugendliche über die beiden Kinderrechtsorganisationen Katholische Jungschar Österreichs und Österreichische Kinderfreunde zur Beteiligung eingeladen. Die beiden Organisationen haben im Herbst 2003 in ganz Österreich von etwa 20.000 Kindern Antworten auf Fragen wie Österreich kinder- und jugendfreundlicher gestaltet werden könnte erhalten. Diese Aktivitäten wurden seitens des BMSG mit 30.000,- € finanziert.

Da die Budgetvoranschläge für 2005 und 2006 erst im Herbst 2004 verhandelt werden, kann nur über die bereits laufenden bzw. geplanten Maßnahmen berichtet werden.

Fragen 1 und 2:

Die beiden gestellten Fragen lassen sich in einem beantworten, denn definiert man Repräsentative Demokratie als Kommunikationsprozess, so fallen nahezu alle in Österreich existierenden Partizipationsmaßnahmen in diesen Bereich.

Bei sämtlichen Maßnahmen, Projekten, etc. werden die Bundes-Jugendvertretung, Interessenvertretungen und vor allem Jugendliche selbst miteingebunden.

Vorausgeschickt sei, dass der Themenbereich Partizipation und Mitbestimmung von Jugendlichen einer der Schwerpunkte des BMSG im jugendpolitischen Bereich sind und unabhängig vom Weißbuch Jugend bereits seit Jahren gefördert wird. Wie Jugendpolitik im Allgemeinen ist auch Partizipation ein Querschnittsthema und bedarf einer Umsetzung in allen Bereichen der Politik. Über die Maßnahmen des Bildungsbereiches hat Bundesministerin Gehrer bereits im Rahmen der parlamentarischen Anfragebeantwortung Auskunft gegeben.

Das BMSG selbst ist insbesondere Impulsgeber und Koordinator zum Auf- und Weiterausbau der Partizipation in den verschiedensten Bereichen.

- Die Förderung von Vereinen, Initiativen und Projekten spielt hierbei eine zentrale Rolle. So definiert auch das mit 2001 in Kraft getretene Bundes-Jugendförderungsgesetz förderungswürdige Projekte als jene die insbesondere auch die Mitbestimmung und Partizipation von jungen Menschen in allen Lebensbereichen sowie die Mündigkeit, Eigenständigkeit und Demokratieförderung als Grundsätze ihrer Jugendarbeit beinhalten.
- Gemeinsam mit den Ländern ist das BMSG in der ARGE Partizipation vertreten, deren Aufgabe es ist, das Thema Partizipation in Österreich

weiterzuentwickeln, indem sie neue Entwicklungen beobachtet und einbringt, Fort- und Weiterbildungen für Multiplikator/innen in die Wege leitet, Informationsmaterialien bereitstellt und damit die Mitgestaltung des Lebensumfeldes von Kindern und Jugendlichen fördert.

- Auf der von meinem Ressort finanzierten Website www.jugendbeteiligung.cc finden sich dazu auch Informationen über aktuelle Aktivitäten sowie verschiedenste Modellprojekte als Anregung für interessierte Gemeinden, Organisationen und Einzelpersonen.
- Seitens des BMSG ist eine Informationsoffensive zum Weißbuch Jugend vorgesehen, um insbesondere die Gemeinden für Jugendpolitik insgesamt, aber natürlich auch zu den Arbeitsschwerpunkten, zu denen auch Partizipation gehört, zu sensibilisieren. Durch die Ausbildung von Multiplikator/innen sollen Gemeinden kompetente Ansprechpartner/innen erhalten, die ihnen bei der Umsetzung von Projekten und Initiativen behilflich sind.
- Zum Thema Partizipation wurde von meinem Ressort eine Online-Befragung unter Jugendlichen bis 25 Jahren durchgeführt, deren Ergebnisse bereits ausgewertet und nunmehr veröffentlicht werden. Um Partizipation ernst zu nehmen, werden die Anregungen der Jugendlichen aufgenommen und – soweit möglich – laufend umgesetzt.
- Der nunmehr vorliegende Bericht zur Umsetzung der UN-Konvention der Kinderrechte wird in einem Nationalen Aktionsplan münden und Partizipation dabei einen Schwerpunkt bilden.
- Das BMSG fördert nicht nur die Bundes-Jugendvertretung (BJV), sondern auch ihr Projekt „Genderlze“, mit dem mehr Mädchen in Funktionärinnen-Funktion gelangen sollen und damit auch dazu beitragen, dass Maßnahmen und Initiativen – auch im Partizipationsbereich – die Bedürfnislagen von Mädchen besser berücksichtigen und damit wesentlich zu deren Erfolg beitragen.
- Hinsichtlich „Partizipation“ in der „Prävention“ ist eine stärkere Verknüpfung vorgesehen. Sieht man Prävention auch als Hinführung zu einem eigenständigen Leben so muss gerade hier die Einbeziehung Jugendlicher schon direkt in der Entwicklung und Durchführung von Projekten stattfinden. Als Modell dazu dient insbesondere die „Peer Education“ in denen Gleichaltrige Jugendliche in ihrer Peer Group über Gefährdungen informieren und Ihnen auch Handlungsalternativen aufzeigen bzw. die Diskussion darüber anregen sollen. Mein Ressort hat in den letzten zwei Jahren vermehrt die Jugendlichen selbst in die Weiterentwicklung dieses Konzepts miteingebunden. Diese Ergebnisse fliessen nunmehr in gemeinsame Projekte mit dem Bildungsministerium, insbesondere in die Erstellung eines Katalogs von Qualitätskriterien.

Frage 3:

Erziehung bzw. Bildung bei der Qualifizierung von Jugendlichen für die aktive und verantwortungsbewusste Teilhabe in der Demokratie spielen eine wichtige Rolle, weil das Erlernen von Partizipation auf Wissen, Fertigkeiten und persönlichem Engagement basiert.

Das BMSG unterstützt daher Seminare und Ausbildungsreihen, in denen sich Jugendliche Qualifikationen für die Durchführung von Beteiligungsprojekten wie z.B. Gesprächsmoderation, Gruppenleitung, und Projektmanagement aneignen können und es werden Projekte gefördert, die zur Sensibilisierung der Gemeinden zum Thema Partizipation beitragen.

Fragen 4 bis 6:

Jugendinformation in Österreich bedeutet die Bereitstellung von Information und Informationsberatung zu allen jugendrelevanten Fragen von A wie Au-pair bis Z wie Zivildienst in zielgruppengerechter methodischer Aufbereitung und didaktischer Form. Die Information richtet sich insbesondere an Jugendliche zwischen 13 und 30 Jahren, aber im Sinne der jugendlichen Zielgruppe ebenso an Multiplikator/innen der Jugendarbeit, Lehrer/innen, Eltern und andere erwachsene Bezugspersonen.

Dieses Service wird in Österreich von den Jugendinformationszentren in jedem der neun Bundesländer und der Jugend>Infostelle meines Ressorts abgedeckt. Die Jugendinfos verfügen über Kompetenz in der jugendadäquaten Informationsaufbereitung, - dokumentation und vor allem auch –vermittlung. Diese Informationsstellen sind in Österreich über die ARGE österreichischer Jugendinfos und europaweit über ERYICA – European Youth Information and Counselling Agency sowie über das Jugendinformationsnetzwerk „Eurodesk“ vernetzt, setzen aber sehr bewusst auch regionale Schwerpunkte in der Ausrichtung ihrer Serviceleistungen.

Die österreichischen Jugendinfos verstehen unter dem Begriff Informationsberatung insbesondere den Prozess des Clearings, der Hilfestellung bei der Suche nach und der Bewertung von Informationsangeboten und –quellen sowie die Anleitung zur selbstständigen Recherche und Entscheidung an Hand eines Informationsgespräches.

Die Information für die Jugendlichen ist in vielfältiger Form zugänglich:

- Freihandordnersysteme in den jeweiligen Jugendinfostellen,
- Schriftliches Infomaterial (Flyer, Folder, Broschüren, Jugendzeitschriften etc.),
- Internetpräsenz (direkte Information, Download-Möglichkeiten, E-Mail-Anfragen und Online-Foren),
- Workshops von und mit Jugendlichen,
- Direct-Mailing, SMS-Service
- Mobile Jugendinformation – aufsuchende Jugendarbeit

- Persönliche Beratung, auch Onlineberatung
- Zielgruppenarbeit, insbesondere die Ausbildung Jugendlicher zu jungen MultiplikatorInnen.

Das Jugend-Internetportal des BMSG www.jugendinfo.at sowie die Website www.jugendinfo.cc führen direkt zum Internetauftritt aller österreichischen Jugendinfos auf nationaler, lokaler und regionaler Ebene.

Weiters wurde das Internetportal www.yap.at mit umfassenden Kinderrechtsinformationen eingerichtet, das laufend aktualisiert für die allgemeine Information zum Thema online bleibt. In Österreich kann man somit auf ein gutes Netzwerk und Angebot im Bereich Jugendinformation zurückgreifen.

Der direkte Kontakt der Einrichtungen mit den Jugendlichen selbst gewährt auch, dass Anregungen und Kritik direkt aufgenommen und in das Arbeitsprogramm der Anbieter integriert werden können.

Zudem wurde im Rahmen des Weißbuchprozesses durch das BMSG in Österreich eine Befragung mit Jugendlichen durchgeführt. Dabei wurden sowohl jugendadäquate Fragebögen in den einzelnen Jugendinfostellen aufgelegt, als auch dieser im Internet unter www.weissbuch.at zur Beantwortung bereit gestellt. Innerhalb von nur drei Wochen haben sich 2012 Jugendliche aus ganz Österreich im Alter von 13 bis 25 Jahren daran beteiligt.

Eine der wesentlichen Erkenntnisse daraus ist, Informationen für Jugendliche sollen spezifisch für Jugendliche in speziellen Einrichtungen bzw. dort wo Jugendliche anzutreffen sind und nicht in so genannten allgemeinen Bürger- bzw. Serviceeinrichtungen angeboten werden.

Daher wurde die Kooperation mit den Jugendinfos Österreichs noch weiter verstärkt und Projekte seitens des BMSG finanziert.

Das BMSG setzt zudem einen Informationsschwerpunkt zum Thema Europa. In Zusammenarbeit mit den Jugendinfos der Länder, der Bundes-Jugendvertretung und der Ständigen Vertretung werden derzeit Informationspakete geschnürt, die in allen Jugendinfos erhältlich sein werden. Zudem wird daran gearbeitet Informationen aufzubereiten, die „den persönlichen Nutzen Europas“ für jede/n einzelne/n sichtbar macht.

Neben Europa-Information werden ab Herbst in der hauseigenen Jugendinformationsstelle meines Ressorts auch spezielle zielgruppenspezifische Informationsveranstaltungen zu den Themen „politische Bildung“ und „Jugendmitbestimmung“ stattfinden.

Frage 7:

Seitens der EU und den jeweiligen auf nationaler Ebene Zuständigen gibt es teilweise klare Vorgaben bzw. Wünsche. Diese werden derzeit gelistet bzw. aufbereitet. Hierbei müssen auch die Themenbereiche Freiwilligenarbeit und „mehr Wissen über die Jugend“ berücksichtigt werden, da bereits auch zu diesen

Themenbereichen die Vorschläge seitens der EK für gemeinsame Zielsetzungen verabschiedet sind.

Zudem sind die Mitgliedsstaaten durch die am 28. Mai 2004 angenommene „Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über soziale Integration und Jugendliche“ (Dok. 9601/04) nunmehr aufgefordert, Strategien und Vorschläge zu erstellen, mit denen die Ausarbeitung wirksamer Maßnahmen der sozialen Integration im Rahmen der Jugendpolitik sichergestellt wird.

Des weiteren wurde am 28. Mai 2004 die „Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu Rassismus und Intoleranz in Bezug auf Jugendliche“ (Dok. 9405/04) angenommen. Die Erklärung betont insbesondere die Rolle der Jugendlichen bei der Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz und die diesbezügliche notwendige Unterstützung der Jugendlichen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene und schlägt dazu u.a. auch eine Sensibilisierungskampagne „Für Vielfalt, gegen Diskriminierung“ im Jahr 2005 vor.

Alle diese Themenbereiche werden nunmehr – unter Federführung der Beratungsgruppe Weißbuch – bearbeitet und Umsetzungsvorschläge entworfen bzw. konkretisiert.

Frage 8:

Auch für Frage 8 gilt die Beantwortung für Fragen 1 bis 7. Ergänzt sei jedoch, dass primär die bereits oben erwähnte Beratungsgruppe „Weißbuch“ in enger Kooperation mit den Beamten/meines Hauses für die Vorbereitung der Maßnahmen ist und der Zeitplan hinsichtlich der österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 erstellt wird, da u.a. anlässlich der geplanten Jugendminister/innenkonferenz das EU-Weißbuch Jugend mit den Themen Jugendinformation und Partizipation ein Schwerpunkt gesetzt werden wird.

Die Finanzierung erfolgt in Kooperation mit den – gemäß Bundesverfassung – für Jugendarbeit zuständigen Landesregierungen, wobei seitens meines Ressorts die Ergebnisse der Budgetverhandlungen abzuwarten sind.

Mit freundlichen Grüßen

